

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Gesundheit in Quartieren mit besonderen Herausforderungen verbessern

Studien belegen, dass gesundheitliche Beschwerden und Krankheiten verstärkt dort auftreten, wo Menschen von Armut bedroht oder betroffen sind. Es gibt einen klaren Zusammenhang zwischen Einkommen, Gesundheitsrisiken und vorzeitiger Sterblichkeit. Dieser Zusammenhang lässt sich nicht nur bundesweit, sondern auch auf regionaler Ebene beobachten: Unsere Stadtteile in Bremen und Bremerhaven driften nicht nur in punkto Einkommen, sondern auch was die Gesundheit der Bevölkerung angeht, deutlich auseinander.

Konkret: Je größer das Armutsrisiko in einem Stadtteil ist, desto geringer ist die Lebenserwartung der Menschen, die dort leben. Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar und ein klarer Auftrag für die Politik in Bremen und Bremerhaven. Der Landesgesundheitsbericht Bremen 2019 der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz ist eine gute Grundlage für politisches Handeln, denn er macht den erläuterten Zusammenhang zwischen Gesundheit und sozialer Lage anhand fundierter aktueller Zahlen und Analysen deutlich.

Gesundheit darf keine rein individuelle Angelegenheit sein. Gesundheit ist eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft. Gesundheit ist keine Ware und darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Deshalb braucht Gesundheit vor allem eines: Chancengleichheit.

Ärztinnen und Ärzte, die in Quartieren mit größeren sozialen Belastungen (zum Beispiel hohe Arbeitslosigkeit oder starke Lärmbelastung) arbeiten, müssen besonders unterstützt werden, zum Beispiel durch Sprachmittler, Verbraucherberaterinnen und begleitende Sozialarbeit unter einem Dach. Dies gilt auch für Psychotherapeutinnen und -therapeuten. Wir unterstützen deshalb Vorschläge, wie es sie für den Bremer Westen gibt, integrierte Gesundheitszentren zu gründen, die mit dem öffentlichen Gesundheitsdienst und zum Beispiel Quartierszentren vernetzt werden. Niedrigschwellige und vernetzte gesundheitsbezogene Versorgung einzurichten verstehen wir als eine Ergänzung der niedergelassenen Hausärztinnen und -ärzte.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, ein Konzept für ein integriertes Gesundheitszentrum im Bremer Westen mit den vor Ort tätigen Akteuren zu entwickeln und es der Bürgerschaft (Landtag) bis Ende des Jahres 2019 vorzulegen sowie darzustellen, in welchen Stadtteilen in Bremen und Bremerhaven es einen ähnlichen Bedarf gibt. Hierzu sollen Gespräche mit dem Magistrat Bremerhaven sowie den Partnern der Selbstverwaltung (Krankenkassen und Kassenärztliche Vereinigung) sowie der Ärztekammer geführt werden. Soweit möglich sollen Kosten

noch vor den Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2020/2021 dargestellt werden, damit sie mit in die Beratungen einfließen können.

Stephanie Dehne, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Nima Pirooznia, Dr. Maïke Schaefer und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN